

# Schulfrei für die Bundeswehr

## Koordination:

DFG-VK Baden-Württemberg, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, 0711-51885601, [ba-wue@dfg-vk.de](mailto:ba-wue@dfg-vk.de)  
[www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de)

didacta Verband e.V.  
Verband der Bildungswirtschaft  
Präsident Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis  
Rheinstraße 94

64295 Darmstadt

17. Februar 2011

## **Offener Brief: Friedenserziehung stärken statt Werbung für die Bundeswehr**

**didacta Verband e.V., z. Hdn. Herrn Prof. Dr. Fthenakis  
Landesmesse Stuttgart GmbH, z. Hdn. Herrn Sauter  
Förderverein Gewaltfrei lernen, z. Hdn. Frau Faber**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Fthenakis,  
sehr geehrter Herr Sauter,  
sehr geehrte Frau Faber,

vom 22.-26. Februar findet nach dreijähriger Abstinenz wieder die Bildungsmesse didacta in Stuttgart statt. Sie ist nach Ihren Aussagen „die größte internationale Veranstaltung ihrer Art“. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und deswegen stimmen wir mit Ihrem Wunsch überein, dass dabei „hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft Wege für die Bildung der Zukunft suchen und sich austauschen.“

Umso unverständlicher erscheint es uns, dass die Bundeswehr mit dem größten Stand auf Halle 9 auf der didacta präsent ist. Zudem werden 30 Lehrkräfte aus dem Regierungsbezirk Freiburg mit bundeswehreigenen Fahrzeugen zur didacta gefahren. Als Hauptpreis zahlreicher Gewinnspiele winkt eine Inforeise zur deutschen Marine. 40 Schülerinnen und Schüler aus Stuttgart werden die gesamte Zeit das Simulationsspiel POL&IS spielen. „POL&IS“ zeichnet ein Bild der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Wirklichkeit, das den spielenden Schülern und Lehrern Militäreinsätze zur Konfliktbearbeitung als „normal“ und nützlich erscheinen lässt.

Unserer Meinung nach muss in den Schulen und im gesamten Bildungsbereich über die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik informiert und diskutiert werden. So sehen es die Bildungspläne aller Schularten vor. Artikel 12 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg ist dabei verpflichtend: „Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe und zur Friedensliebe ... und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen“.

Stimmen Sie zu, dass es zum Kern des Bildungsauftrags des Landes Baden-Württemberg gehört, dass die Schülerinnen und Schüler in einer solch existenziellen Frage wie der nach Krieg und Frieden die von Friedens- und Nichtregierungsorganisationen vertretenen Konzepte der zivilen, nicht-militärischen Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung kennenlernen?

Stimmen Sie außerdem zu, dass die institutionalisierte Bevorzugung militärischer Sichtweisen gegen das Verfassungsgebot, die Jugend „zur Friedensliebe ... und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen“, verstößt?

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze der Bundeswehr entweder ab oder steht ihnen zumindest kritisch gegenüber. Vor allem der Kriegseinsatz in Afghanistan stößt auf große Ablehnung.

Um ihr Ansehen zu verbessern, wurden auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums deshalb in Baden-Württemberg und sieben weiteren Bundesländern so genannte Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr unterzeichnet. In der für Baden-Württemberg abgeschlossenen Vereinbarung vom 4. Dezember 2009 heißt es dabei u.a., dass die Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik intensiviert werden soll und dass Jugendoffiziere jetzt auch offiziell in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften eingebunden werden können.

Wir wehren uns entschieden gegen eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien, denn der 1976 für die politische Bildung an Schulen vereinbarte „Beutelsbacher Konsens“ mit seinem Überwältigungsverbot, wonach Schüler nicht im Sinne erwünschter Meinungen überumpelt oder an der Bildung eines selbstständigen Urteils gehindert werden dürfen, sowie das Ausgewogenheitsgebot, wonach auch im Unterricht kontrovers sein muss, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, wird durch die Kooperationsvereinbarung unterlaufen.

Notwendig sind eine plurale Meinungsbildung in Verantwortung der Schule durch unabhängige Lehrerinnen und Lehrer, die Schärfung der Gewissen der Jugendlichen und die Orientierung am Friedensgebot des Grundgesetzes.

Wir sprechen uns für eine Friedenserziehung an den Schulen aus.

Stimmen Sie mit uns überein, dass die Friedenserziehung gestärkt werden muss und dazu folgende Voraussetzungen geschaffen werden müssen:

1. In die Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern müssen Module der Friedensforschung und Friedensbildung aufgenommen werden, damit fachlich gut ausgebildete Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern Friedenswissen und Friedenskompetenzen vermitteln können.
2. Fachleute aus Friedensforschung und Friedenserziehung sollen als Referentinnen und Referenten in den Unterricht eingeladen werden, ebenso Vertreterinnen und Vertreter der Friedensorganisationen.
3. Die Schulbücher der einzelnen Schularten müssen neu gestaltet werden, da Alternativen zur militärischen Konfliktintervention fehlen.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ fordert Sie auf, aus den oben genannten Gründen, die Bundeswehr aus der didacta auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Blach  
Koordinator

P.S. Ähnliche Fragen nach dem Sinn und Zweck stellen sich auch zur Anwesenheit des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf der didacta

---

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ setzt sich aus landesweiten und bundesweiten antimilitaristischen, pazifistischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammen: DFG-VK Baden-Württemberg, Informationsstelle Militarisierung, Ohne Rüstung Leben, Pax Christi Baden-Württemberg, Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, Ökumenisches Netz Baden-Württemberg, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarismus. Außerdem engagieren sich darin verschiedene Einzelpersonen.